



HAMBURGER FORUM

RUNDBRIEF NR. 04 / 12

26. Juli 2012

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

mit unserem Rundbrief möchten wir euch auf unsere nächsten Aktionen aufmerksam machen. Ihr findet diesen Rundbrief – hoffentlich frisch erholt – am Ende der Hamburger Sommerferien vor.

Am 6. August wollen wir zunächst mit einer Kundgebung der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki gedenken. Für uns ist dies Anlass, unsere Forderung nach Abschaffung aller Atomwaffen und Abschaltung aller Atomkraftwerke zu untermauern. Ihr findet unser Flugblatt zum Hiroshima-Tag als Anhang dieses Rundbriefs. Es wird Infotische nahestehender und befreundeter Organisationen geben sowie verschiedene Redebeiträge und Musik.

Hiroshima-Tag 2012
Kundgebung, 6.8.2012, 17.00 Uhr, am Kriegsklotz
S-Bahn-Dammtor / U-Bahn-Stephansplatz

Zudem möchten wir euch schon jetzt auf den Antikriegs- oder Friedenstag am 1. September hinweisen. Wir planen wieder eine Demonstration. Inhaltlich im Mittelpunkt wird unser Nein zum Krieg in Afghanistan und zu einem militärischen Eingreifen in Syrien und Iran, aber auch die Forderung nach dem Stopp aller Rüstungsexporte stehen. Wir werden euch rechtzeitig mit einem weiteren Rundbrief informieren.

Nachfolgend drucken wir die Rede des IG-Metallers Wolfgang Erdmann auf dem diesjährigen Ostermarsch hier in Hamburg ab; auch sie liefert gute Argumente zu vielen der oben angesprochenen Themen. Außerdem haben wir noch Platz für einen Auszug aus einem Papier von Lühr Henken und Peter Strutynski mit Argumenten zum Konflikt in Syrien. Für den Fall eines militärischen Überfalls auf Syrien oder Iran ruft das Bündnis gegen imperialistische Aggression auf zu einer

Tag-X-Demonstration um 17.00 Uhr an der U/S-Bahn Sternschanze.

Wer sich stärker engagieren möchte, sei abschließend auf unsere **Vorstandssitzungen** mit Gästen hingewiesen, auf denen wir Inhalte und Formen unserer Aktionen diskutieren:

Dienstag, den 07.08.12, den 21.08.12 und den 04.09.12
jeweils um 19.30 Uhr bei der VVN / BdA – Hein-Hoyer-Straße 41 – St. Pauli.

Wer eingeladen werden möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bei uns.

Da Wolfgang und Renate noch bis Anfang August im wohlverdienten Urlaub sind, grüßt euch freundlich

Markus Gunkel

Rede beim Ostermarsch 2012 **von Wolfgang Erdmann, IG Metall**

Liebe Ostermarschiererinnen, liebe Ostermarschierer,

jeden Tag erzählen einem die Medien, es müsse gespart werden: an Sozialleistungen, an Lehrern, an kommunalen Einrichtungen. Sehr viel weniger wird berichtet, wofür die deutschen Bundesregierungen Steuergelder ver-

geuden: 31,9 Milliarden Euro beträgt der Haushalt des Bundesverteidigungsministeriums in 2012, nach NATO-Kriterien sind das 35,8 Milliarden Euro. Die 31,9 Mrd. Euro sind weitaus mehr als die Haushaltsposten 2012 von Bildung und Forschung und Gesundheit zusammen ausmachen, fünfmal mehr als der Etat „Familie“. Die offiziellen deutschen Kosten des Afghanistan-Krieges: 1,059 Mrd. Euro allein im vergangenen Jahr 2011. Für das Projekt Eurofighter gibt die BRD 23,3 Milliarden

Euro aus. Das bedeutet eine direkte Umverteilung unserer Steuergelder in die Taschen der Rüstungskonzerne. Für dasselbe Geld allein aus diesem einen Rüstungsprojekt könnte man 216.000 Sozialwohnungen bauen oder 1.780 Berufsbildungszentren.

Und die angeblichen Einsparungen der sogenannten Bundeswehrreform dienen nur zur Kaschierung der wahren Absichten für das weite Publikum. Ich würde mir wünschen, die Bundesregierung würde mal die Bildung „vom Einsatz her denken“. Heute agiert die Bundeswehr weltweit in neun Kriegseinsätzen, übrigens unter UN-Mandaten. UN-Mandate liefern die Legitimation für die Durchsetzung von wirtschaftlichen und Macht-Interessen. Die UN-Charta mit ihren richtigen und wichtigen Grundprinzipien des Gewaltverbotes und der Nichteinmischung wird leider zunehmend an den Rand gedrückt. Niemand bedroht Deutschland, Verteidigung ist daher kein Thema – aber es wird aufgerüstet. Das völkerrechtliche Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates wird geradezu umgekehrt in die Maxime, überall zu jeder Zeit aufgrund von eigenen Interessen zuschlagen zu können. Dazu Verteidigungsminister de Maizière im SPIEGEL 25/2011: „Sterben und Töten gehören dazu, das müssen wir akzeptieren und bejahen.“ Dazu sagen wir Ostermarschierer NEIN und nochmals NEIN!

Im Schwur der Befreiten von Buchenwald hieß es, dass nie wieder von deutschem Boden Krieg und Faschismus ausgehen dürfen. Der Kampf gegen Neofaschismus *und* Krieg ist für uns Ostermarschierer Herzenssache. Dem Faschismus keinen Fußbreit! Nicht am 1. Mai in Neumünster und nicht am 2. Juni in Hamburg. Verbot und Auflösung der NPD und aller neofaschistischen Organisationen jetzt!

Man probiert, wie weit man gehen kann mit der Kriegshetze; da hieß es im Leitartikel des Handelsblattes vom 2.3.2012 zum Thema Syrien: „Auch ohne die UNO ... ist es legitim, den Krieg Assads ... zu beenden – zur Not mit Waffengewalt. ... Ja, auch wir, die Bundeswehr ist gefragt. ... Eine kleine NATO-Truppe mit arabischen Kontingenten, am sinnvollsten unter türkischer Führung sollte ... eine Flugverbotszone errichten. ... Die Bundesluftwaffe könnte sich beteiligen, ähnlich wie 1999 im Kosovo-Krieg.“

Oder in der ZEIT war im vergangenen Jahr zu lesen: Nach dem Militäreinsatz in Libyen sei nun „der Weg frei“, jetzt wisse man auch in Damaskus und Teheran, „vielleicht sogar in Havanna und in Peking“, dass „die Bomber kommen können.“

Zum Glück bleibt die Bevölkerung skeptisch gegenüber der Kriegshetze. Nach einer ARD-Umfrage vom September 2011 lehnen 66 % der Deutschen den Krieg der Bundeswehr in Afghanistan ab. Nach der EMNID-Umfrage vom Oktober 2011 antworteten auf die Frage „Sollte Deutschland Ihrer Meinung nach ... Rüstungsgüter in andere Länder verkaufen oder nicht?“ 78 % mit „*nicht* verkaufen“.

Nach dem aktuellen Rüstungsexportbericht der Bun-

desregierung erreichte der Gesamtexport in 2010 mit 2,119 Milliarden Euro den historischen Höchststand. Der SPIEGEL titelte dazu am 28.11.2011 „Bombig verdient“! Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI veröffentlichte in seiner Studie im Februar 2012, dass sich in den Jahren 2006 bis 2010 der deutsche Rüstungsexportwert gegenüber dem Jahrfünft davor verdoppelte. Alle Hemmungen wurden fallen gelassen, Waffen auch in Spannungsgebiete zu liefern. Und besonders profitabel wird es, wenn jeweils beide Seiten, also verfeindete Länder beliefert werden: Griechenland *und* die Türkei, arabische Länder *und* Israel, Indien *und* Pakistan. Die Friedensbewegung fordert die Bundesregierung auf, endlich weltweit für *Frieden* „Made in Germany“ einzutreten und die Rüstungsexporte zu stoppen.

Es ist nicht akzeptabel, wenn aus Deutschland U-Boote in Spannungsgebiete geliefert werden, z. B. U-Boote nach Israel, wobei die U-Boote der Dolphin-Klasse, die in Kiel auf den zum ThyssenKrupp-Konzern gehörenden HDW produziert werden, auch noch mit atomar bestückten Marschflugkörpern ausgerüstet werden könnten. Drei dieser U-Boote wurden bereits geliefert, zwei sind fast fertig, und ein sechstes wurde im März 2012 genehmigt, wobei sich der deutsche Staat mit 135 Millionen Euro an den Kosten beteiligen will. Produktion, Lieferung und die finanzielle Unterstützung mit Hilfe von Steuergeldern verschärfen die Spannungen in dieser hochexplosiven Region des Nahen und Mittleren Ostens.

Die zu ThyssenKrupp Marine Systems gehörende Hamburger Werft Blohm & Voss Naval hat in ihrem militärischen Teil seit den 1970er Jahren 64 Kriegsschiffe für die Bundesmarine sowie für Israel, Nigeria, Argentinien, Portugal, Griechenland, Türkei, Südafrika, Malaysia, Australien und Neuseeland entwickelt und zum Teil auch gebaut. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages genehmigte am 20.6.2007 trotz Kritik des Bundesrechnungshofes den Bau von vier Fregatten F 125 im Umfang von 2,6 Milliarden Euro. Heute, fünf Jahre später, wird das Auftragsvolumen schon mit 2,9 Milliarden Euro beziffert (+12 %). Damit nähert sich der Stückpreis zügig dem Preis der Queen Mary 2 an (870 Mio.)! Im Mai 2011 wurde die Fertigung der ersten Fregatte der neuen Klasse F 125 begonnen. Die F 125 ist so konzipiert, dass sie Landkrieg von See aus führen, Landstreitkräfte von See aus unterstützen und die Zivilschifffahrt schützen kann. Mit Landesverteidigung hat das alles nichts mehr zu tun.

Aber was passiert dann mit den Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie? Ich habe mich mein Leben lang als Betriebsrat und Gewerkschafter in Hamburg aktiv für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt. Aber der Erhalt von Arbeitsplätzen muss mit den Werten der Arbeiterbewegung in Einklang zu bringen sein. Krieg zwischen den Völkern, Militarisation im Innern und nach außen – das ist das letzte, was wir brauchen. Von den 400.000 Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie beider deutscher Staaten in 1990 sind heute noch ca. 80.000 übrig geblieben. 80.000 bedeuten 0,28 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftig-

ten der BRD. Einen derartigen und größeren Strukturwandel hat es auch in den Branchen Textilindustrie, Kohle und Stahl gegeben. Und immer war es ein zäher, mühsamer Kampf der Betriebsräte und Gewerkschaften, den Beschäftigten wieder eine Perspektive zu geben. In der Rüstungsindustrie heißt die Perspektive „Konversion“. Dass Konversion möglich ist, beweisen die vielen gelungenen Beispiele im kommunalen Bereich nach Standortschließungen – auch hier in Norddeutschland.

Aktuelles Beispiel in Hamburg: Auf dem Gelände der ehemaligen Röttiger-Kaserne sollen 450 Wohnungen gebaut werden (Bebauungsplan Fischbek 66 in Harburg). An der Cuxhavener Straße soll Kleingewerbe entstehen (Hamburger Abendblatt vom 12.11.2011). Produkt-Konversion ist dann erfolgreich, wenn auf technologisch gleichwertige Produkte übergegangen werden kann, die dann auch noch (gesellschaftlich) nützlich sind, wie etwa der Übergang von Marine-Schiffbau zu Produkten sauberer Energie und der Energieeffizienztechnologien.

Am 11.12.2009 fand der letzte Stapellauf auf der Werft Nordseewerke Emden statt, die seit 1903 Marine- und Sonderschiffe baute. Im März 2010 übernahm die SIAG den Großteil der Nordseewerke von Thyssen-Krupp Marine Systems, um dort Stahlbau-Komponenten für Offshore-Windenergie-Anlagen zu produzieren. Für die übernommenen 721 Kollegen gab es keine Kündigungen. Die Auslastung ist bis 2013 gesichert.

Die Rüstungsindustrie macht permanent Druck für mehr Rüstungsaufträge, denn diese bedeuten sicheren Umsatz und Gewinn. Bei EADS erbrachte laut Handelsblatt vom 29.3.2011 der *zivile* Airbus-Bereich in 2010 eine Rendite von 1,0 %, der Rüstungsbereich von 7,7 %. Bei Rheinmetall, Deutschlands größtem Rüstungskonzern, trug das Rüstungsgeschäft im Jahr 2011 66 % zum Konzerngewinn bei – bei einem Anteil am Gesamtumsatz von nur 47 %. Bilanzpressekonferenz Rüstungskonzern Diehl, der in Hamburg 2010 den Flugzeugkabinenbauer DASELL übernommen hatte, vom Juli 2009: Während der Jahresumsatz insgesamt um 4 % gesunken ist, konnte die Rüstungsproduktion um 4 % gesteigert werden. Während im Bereich Rüstung Überstunden gefahren werden, sind in anderen Betrieben etwa 1.500 Beschäftigte in Kurzarbeit. Gerade in einer Stadt wie Hamburg, die zum erheblichen Teil im Zweiten Weltkrieg zerstört worden ist, muss es vorrangige Aufgabe sein, über Alternativen zu Rüstungsproduktion, Rüstungsexporten und Militärstandorten nachzudenken.

Der Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 2011 hat beschlossen: „Die ungelöste soziale Frage und die Frage der Demokratie sind ... die entscheidenden Triebkräfte und Ursachen der gewaltsamen Auseinandersetzungen. In allen Konfliktherden herrscht große Ungerechtigkeit bei der Verteilung der natürlichen Reichtümer dieser Länder. ... Die BRD ist gefordert, ihre Entwicklungs- und Außenpolitik so auszurichten, dass Demokratie, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern gefördert werden, statt einseitig Rohstoff-Interessen und Absatzmärkte zum Maß-

stab ihrer Politik zu machen. ... Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- die Rüstungsausgaben deutlich zu senken;
- jegliche direkte oder indirekte Unterstützung von Kriegen oder kriegsähnlichen Handlungen zu unterlassen oder zu beenden;
- keinen Krieg oder kriegsähnliche Handlungen um Rohstoffe ... zu führen;
- den sofortigen Rückzug der Bundeswehr aus allen Kampfeinsätzen zu vollziehen.“ Soweit die IG Metall.

Zum Abschluss noch ein Wort zu Rüstung und *Krise*. Die Krise ist ja nicht zu Ende. Derzeit wird der Lebensstandard von Hunderten Millionen Menschen gesenkt, weil das Finanzkapital mit seinen finanzpolitischen Massenvernichtungswaffen ein Sparprogramm nach dem anderen diktiert. Nie gab es so viele Arbeitslose in Europa, nie wurden so großflächig in Ländern soziale Er rungenschaften ganzer Generationen abgebaut, nie wurde Demokratie so mit Füßen getreten. Da sorgt sich das Kapital natürlich schon darum, wie lange sich die Menschen das gefallen lassen, d. h. um die Stabilität des kapitalistischen Systems.

Und da wird kräftig vorgebaut: Zivilmilitärische Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene, Aufwertung der Reservistenverbände, eine nicht enden wollende Diskussion um den Bundeswehreininsatz im Inneren – das bedroht die Demokratie in ihrem innersten Kern. Krieg nach außen und Militarisierung im Innern – das sind die bedrohlichen Tendenzen in Krisensituationen, die in der Geschichte nur Unheil über die Menschen brachten.

Rund 100 Unternehmen in Hamburg liefern Produkte und Dienstleistungen für die Rüstungsindustrie. Die Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg besagt: „Hamburg will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein. Durch Förderung und Lenkung befähigt sie ihre Wirtschaft zur Erfüllung dieser Aufgaben.“ Unser Ziel ist es, in diesem Sinne die Rüstungsproduktion in und den Rüstungsexport über Hamburg zu beenden. Das wäre dann eine „Friedensstadt Hamburg“, eine „Friedliche und Hansestadt Hamburg“.

Iran und Syrien: Die Kriegsgefahr wächst

Was können, was sollten Friedensforschung und Friedensbewegung tun?

Von Lühr Henken und Peter Strutynski (Mai/Juni 2012)

Wir drucken hier Auszüge aus diesem längeren Papier ab, die um das Thema Syrien kreisen. Das ganze Dokument findet sich im Internet unter der Adresse:

www.ag-friedensforschung.de/regionen/Iran/henken-stru-mbl.pdf

[...]

Da wir es in Syrien mit einer bürgerkriegsähnlichen Situation zu tun haben, die von verschiedenen auswärtigen Interessenten geschürt wird (vor allem Saudi-Arabien

und Katar auf arabischer Seite, USA, Frankreich, Großbritannien und – mit Einschränkung – die Türkei auf der Seite des Westens), besteht die wichtigste und dringendste Forderung darin, die Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zu bekommen. Die von Kofi Annan und Vertretern der Arabischen Liga besetzte Beobachtermision – die auf 300 Personen aufwachsen soll – wird auch von den UN-Vetomächten Russland und China unterstützt und von Damaskus grundsätzlich anerkannt. Gebrochen werden muss die intransigente Haltung der bewaffneten Opposition in Syrien, die bisher jedes Angebot zu Verhandlungen brüsk abgelehnt hat. Sie weiß, dass dies auch in Libyen vor einem Jahr funktioniert hat, als die Rebellen sich auf keinen Waffenstillstand und erst recht auf keine Gespräche mit Gaddafi eingelassen hatten. Der „Erfolg“, ein militärischer Sieg der NATO-Verbündeten nach neun Monaten Luftkrieg, hat diese Strategie bestätigt. So fraglich es ist, ob der Westen entsprechenden Druck auf die syrische Opposition in Gestalt der „Freien Syrischen Armee“ ausüben wird, so richtig ist dennoch diese Forderung. Sie nicht zu erheben und den Bürgerkriegsparteien in Syrien freie Hand in ihrem gegenseitigen Gemetzel zu lassen, verwandelt das Land über kurz oder lang in ein Schlachtfeld, auf dessen Altar vor allem Zivilpersonen geopfert werden.

Die zentralen Forderungen der Friedenswissenschaft an die Adresse Syriens, der Arabischen Liga, der USA und anderer westlicher Staaten, der EU, der Vereinten Nation und der Bundesregierung lauten daher:

- Absage an alle Gedankenspiele über eine militärische Intervention [...];
- Ausstieg aus dem Sanktionsmechanismus der EU und Zurücknahme bisher erfolgter Sanktionen¹; stattdessen Umsetzung eines allgemeinen Waffenembargos;
- Sofortiger Stopp aller Waffenlieferungen in die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens; dies schließt Schützenpanzer in die Vereinigten Emirate genauso ein wie Kampfpanzer nach Saudi-Arabien oder U-Boote nach Israel;
- Bereitstellung humanitärer (z. B. medizinischer) Hilfe für Syrien, allerdings ohne jeglichen „militärischen Begleitschutz“;
- Erlass eines sofortigen Abschiebestopps für Flüchtlinge aus Syrien; ihnen kommt der Status von Kriegsflüchtlingen zu; sie fallen somit unter die Genfer Flüchtlingskonvention; darüber hinaus sollte syrischen Flüchtlingen ein Aufenthalt in den Staaten der Europäischen Union angeboten werden.

[...]

An die Adresse der Friedensbewegung, also auch an den Bundesausschuss Friedensratschlag^[1], sind in den vergangenen Wochen und Monaten zahlreiche Aufforderungen ergangen, über die grundsätzliche Ablehnung einer Militärintervention hinaus auch die Solidarität mit der Opposition insbesondere in Syrien zu bekunden. Tue man dies nicht, stelle man sich indirekt schützend vor die Re-

gierung in Damaskus (oder im Fall des Iran: vor Ahmadedschad und das Mullah-Regime). Einige Friedensgruppen befürworten sogar die Organisation „Adopt a Revolution“ (AaR), die Geldsammlungen für oppositionelle Gruppierungen sammelt, dabei darauf vertrauend, dass dieses Geld nicht zweckentfremdet wird, indem es z.B. dem Ankauf von Waffen dient. Wir teilen diesbezüglich die Kritik und Skepsis der Informationsstelle Militarisierung (IMI), die von einer Vertreterin von AaR nicht befriedigend zerstreut werden konnte (zum Disput siehe „Adopt a Revolution“).

Die Friedensbewegung (gleiches gilt u. E. für die Friedenswissenschaft) sollte in solchen und ähnlich gelagerten Konflikten von folgenden Grundüberlegungen ausgehen:

1. Wir dürfen uns nicht gemein machen mit den Herrschenden, weder mit „Despoten“ à la Assad oder Ahmadedschad noch mit „Demokraten“ à la Netanjahu oder Erdogan. Unsere grundsätzliche Distanz und Kritik von Regierungen – übrigens auch im eigenen Land – gilt auch dann, wenn deren Länder von Aggressoren angegriffen werden. Die Antikriegs-Bewegung gegen den drohenden Irak-Krieg 2003 wurde doch auch nicht dadurch beeinträchtigt, dass wir mit der Politik Saddam Husseins nicht einverstanden waren. Oder musste man etwas für die Taliban übrig haben, um gegen den Aggressionskrieg gegen Afghanistan zu sein?
2. Kritik an autoritären Regimen, wovon es mehr in der Welt gibt als uns lieb sein kann, bedeutet auf der anderen Seite nicht, dass wir uns aktiv in die innenpolitischen Auseinandersetzungen fremder Staaten einmischen – zumindest nicht durch einseitige Parteinarbeiten für bestimmte politische Gruppierungen, ausgenommen Friedensorganisationen. Dies unterscheidet die Friedensbewegung grundsätzlich von politischen Parteien, deren Solidarität mit Partnerorganisationen in anderen Ländern einen durchaus verbindlichen Charakter annehmen kann.
3. Wir sind fest davon überzeugt, dass die beste Art der Solidarität mit unterdrückten und von Bürgerkriegen betroffenen Menschen darin besteht, deren Gesellschaften vor ausländischen Militärinterventionen zu bewahren. Zivilgesellschaftliche Strukturen entfalten sich am ehesten unter Abwesenheit von Krieg.

[...]

Zu den Autoren:

Lüth Henken, Berlin, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag; Beiratsmitglied von IMI

Peter Strutyński, Dr., Politikwissenschaftler, Lehrbeauftragter an der Uni Kassel; AG Friedensforschung; Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag; www.ag-friedensforschung.de